

Geschäftszeichen: 1/09

U R T E I L

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen Eingehens eines politische Bündnisses u. a.

hat das Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch den Vorsitzenden Richter Tim Staupendahl, den 1. Richter Daniel Flachshaar und den 2. Richter Martin Herrmann ohne mündliche Verhandlung am 18.11.2009 für Recht erkannt:

- 1. Die Klage wird abgewiesen.**
- 2. Auf die Widerklage wird festgestellt, dass der Kläger gegen die Satzung der PIRATEN verstößt und einen parteischädigenden Eindruck hinterlässt.**
- 3. Die Kosten des Verfahrens hat der Kläger zu tragen.**

ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE:

I. Tatbestand

Die Parteien streiten über die satzungsrechtliche Zulässigkeit eines sogenannten Kooperationspapiers, welches der Beklagte mit dem Landesverband Thüringen der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN gemeinsam unterzeichnete.

Der Landesverband Thüringen der Piratenpartei Deutschland (im folgenden: PIRATEN Thüringen) erfüllte nicht die Voraussetzungen, um sich am 30.08.2009 zur Wahl des Thüringer Landtag zu stellen. Mit der Absicht Teile des Parteipogramms dennoch auf Landesebene umsetzen zu können, trafen sich der Vorsitzende der Beklagte und der Vorsitzende des Kreisverbands Jena der PIRATEN Thüringen Carsten Eckart mit zwei Vertretern des Landesverband Thüringen der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN (im folgenden: Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen) am 31.07.2009 zu einem gemeinsamen Gespräch in Jena. Bei dem Treffen wurde der Entwurf eines sogenannten Kooperationspapiers erstellt. Eine vorherige Abstimmung mit anderen Parteiorganen hatte nicht stattgefunden. Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung zum

Bundestagswahlkampf wurde noch am selben Abend den anwesenden Mitgliedern der PIRATEN Thüringen von dem Treffen mit den Vertretern der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen Bericht erstattet.

Ab dem 03.08.2009 wurde es den Mitgliedern der PIRATEN Thüringen über das parteiinterne Wiki ermöglicht, den Entwurf des Kooperationspapiers zur Kenntnis zu nehmen und mitzugestalten. Das Ergebnis wurde durch den Beklagten sodann am 11.08.2009 beschlossen und dessen Veröffentlichung im Rahmen einer gemeinsamen Pressemitteilung der PIRATEN Thüringen und Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen am 19.08.2009 angekündigt. Auf die Anlage des Beklagten BE_PM_1.pdf wird verwiesen.

Am 20.08.2009 wurde sodann das Kooperationspapier der Öffentlichkeit vorgestellt. Übertitelt ist das Schreiben mit „Gemeinsames Kooperationspapiers von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen und den PIRATEN Thüringen“. Hinsichtlich des Inhalts des Schreibens wird auf die Anlage des Beklagten BE_KP.pdf verwiesen.

Die Veröffentlichung des Kooperationspapiers führte innerparteilich zu Meinungsverschiedenheiten, die größtenteils über die Mailingliste ausgetragen wurden. Zu den Einzelheiten wird auf Klageschrift des Klägers vom 27.08.2009, der Klageerweiterungsschrift des Beklagten vom 18.10.2009 sowie auf das Replik des Klägers vom 22.10.2009 verwiesen.

Unter anderem äußerte sich auch der Bundesvorsitzende der Piratenpartei Deutschland Jens Seipenbusch per E-Mail vom 29.08.2009 hierzu wie folgt:

„ (...) für eine Ordnungsmaßnahme sehe ich hier weder satzungsmäßig noch inhaltlich eine Grundlage.

Unsere Satzung sieht für politische Dummheit ja auch keine Strafe vor. Dass es unklug war, steht wohl außer Frage, (...).“

Der Kläger behauptet, der Beklagte habe mit dem sogenannten Kooperationspapier eine Kooperation mit der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen beschlossen. Darüber hinaus stelle das Kooperationspapier eine offizielle Wahlempfehlung der PIRATEN Thüringen für die damals bevorstehende Landtagswahl dar.

Der Kläger ist daher der Ansicht, der Beklagte habe gegen § 6a Abs. 6 der Satzung der PIRATEN Thüringen sowie gegen § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Satzung der Piratenpartei Deutschland verstoßen, da die gemeinsame Verabschiedung des Kooperationspapiers keine organisatorische oder politische Frage gewesen sei, über die der Beklagte ohne Mitwirkung der einzelnen Mitglieder der PIRATEN Thüringen hätte beschließen dürfen. Zu den Einzelheiten wird auf die Klageschrift vom 27.08.2009 und das Replik vom 22.10.2008 verwiesen.

Der Kläger beantragt festzustellen,

dass der Beklagte sich rechtswidrig verhalten hat hinsichtlich

1. § 6a Abs. 6 der Satzung des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Deutschland
2. § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland.

Ferner beantragt der Kläger,

3. den Beklagten zu verpflichten, das rechtswidrig mit der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN geschlossene Kooperationspapier aufzulösen.

Für den Fall, dass sich die Piratenpartei Deutschland im Bundestagswahlkampf befände, beantragt der Kläger,

4. den Beklagten zu verpflichten, die Auflösung des Kooperationsbündnisses unverzüglich durchzuführen und dabei eine der Bündnisverkündung entsprechende Medienwirkung anzustreben.

Der Beklagte beantragt sinngemäß,

die Klage abzuweisen.

Widerklagend beantragt der Beklagte festzustellen,

dass der Kläger gegen die Satzung der PIRATEN verstößt und einen parteischädigenden Eindruck hinterlässt.

Der Beklagte ist der Ansicht, das Kooperationspapier stelle weder eine Wahlempfehlung dar noch handle es sich um irgend eine Form eines Kooperationsbündnisses wie einen Koalitionsvertrag, ein Bündnisabkommen oder einer sonstigen engeren Verknüpfung zwischen den PIRATEN Thüringen und den Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen.

Ferner ist der Beklagte der Ansicht, das Verhalten des Klägers sei satzungswidrig und schädige die Piratenpartei in deren öffentlichen Ansehen. Zu den Einzelheiten wird auf die Klageerwidderungsschrift vom 18.10.2009 verwiesen.

Der Kläger richtete seine Klage ursprünglich an das Bundesschiedsgericht, da er der Ansicht ist, das Landesschiedsgericht sei formfehlerhaft gewählt worden und sei daher nicht entscheidungsfähig. Das Bundesschiedsgericht hat sich jedoch für unzuständig erklärt und die Klage an das Landesschiedsgericht verwiesen.

II. Rechtliche Würdigung

1. Die Klage ist bereits unzulässig.

Das Landesschiedsgericht der PIRATEN Thüringen ist zuständig. Das Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland hat völlig zu recht die Angelegenheit an das Schiedsgericht unterer Ordnung verwiesen. Auch wenn der Kläger nach wie vor die unzutreffende Ansicht vertritt, es habe bei der Wahl des Landesschiedsgericht am 28.07.2009 Formfehler gegeben, so geht er von einer falschen satzungsrechtlichen Grundlage aus.

Es ist zwar tatsächlich so, dass nach § 2 Abs. 2 der aktuellen Schiedsgerichtsordnung des Bundesverbandes der Piratenpartei Deutschland die Mitgliederversammlung auf dem jeweiligen Parteitag fünf Piraten zu Richtern wählt, die anschließend aus ihren eigenen Reihen einen Vorsitzenden Richter und zwei Ersatzrichter bestimmen. Die Vorschrift hatte jedoch im Zeitpunkt der Wahl des Landesschiedsgericht keine Gültigkeit, da sie erst später durch den Bundesparteitag geändert wurde. Der zur Wahl des Landesschiedsgerichts am 28.06.2009 geltende § 2 Abs. 2 der Schiedsgerichtsordnung bestimmt vielmehr, dass die Mitgliederversammlung auf dem jeweiligen Parteitag einen Piraten zum Vorsitzenden Richter und die weiteren Richter und Ersatzrichter in weiteren Wahlgängen wählen. Eine interne Abstimmung der gewählten Richter über deren Funktion innerhalb des Spruchkörpers ist nach der alten Fassung der Schiedsgerichtsordnung nicht vorgesehen.

Insoweit erfolgte die Wahl uneingeschränkt satzungskonform, so dass es auch keiner Heilung eventueller Formfehler bedurfte. Aus diesem Grund hat der Kläger die Klage beim unzuständigen Schiedsgerichts erhoben, welches im übrigen anstelle der Verweisung an das Landesschiedsgericht auch berechtigt gewesen wäre, die Klage schon aus Gründen der Unzuständigkeit als unzulässig abzuweisen.

2. Ungeachtet dessen ist die Klage unzulässig. Das Landesschiedsgericht hat schon erhebliche Zweifel an der Prozessfähigkeit des Klägers. In entsprechender Anwendung des § 52 ZPO ist nur derjenige prozessfähig, der auch uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit besitzt.

Das Landesschiedsgericht ist jedoch der Ansicht, dass beim Kläger eine partielle Geschäftsunfähigkeit vorliegen könnte. So ist es durch die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichtsbarkeit unlängst anerkannt, dass sich die Geschäftsunfähigkeit auf einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten beschränken kann. Insbesondere die Prozessführung kann im Falle eines sogenannten Querulantenwahns ausgeschlossen sein (vgl. Palandt/Heinrichs, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 104 Rdn. 6, m. w. N.) Zur Feststellung des Querulantenwahns ist das betreffende Gericht selbst befähigt, ohne ein vorheriges Sachverständigengutachten einholen zu müssen.

So sei neben einer Vielzahl von höchstrichterlichen Entscheidungen zum Querulantenwahn (vgl. beispielsweise BGH, Beschluss v. 20.02.2009, Az: 5 StR 555/08; Urteil v. 13.05.1959, Az: V ZR 151/58; Urteil v. 24.09.1955, Az: IV ZR 162/54) insbesondere auf eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshof aus dem Jahr 1967 (HessVGH, Urteil v. 01.06.1967, Az: V OE 13/67) hingewiesen, mit der der HessVGH die Feststellung traf, dass derjenige, der nicht an einer gesteigerten rechtshaberischen Verböhrtheit, die sich noch im Rahmen der Gesundheit hält, sondern an

einem krankhaften Querulantenwahn leidet, in diesem Bereich partiell geschäftsunfähig und damit auch partiell prozessunfähig ist. Hierzu entschied der HessVGH weiter, dass die Prozessunfähigkeit vom Gericht ohne Zuziehung eines Psychiaters festgestellt werden kann, wenn die aggressive Intensität, die ungezügelte Art und der riesige Umfang der Prozessführungstätigkeit die krankhafte Störung der Geistestätigkeit offenbar werden lässt. Wörtlich führte der HessVGH zur partiellen Prozessunfähigkeit aus, „dass das Prozessieren beim Kläger zum Selbstzweck und zum abartigen Lebensinhalt geworden ist“.

Diese Feststellung trifft auch auf den Kläger des nunmehr zu entscheidenden Schiedsverfahrens zu. So scheint auch der Lebensinhalt des Klägers darin zu bestehen, sowohl gerichtliche Verfahren zu betreiben als auch andere Personen zu denunzieren und beleidigen. Mittlerweile glaubt der Kläger in der Lage zu sein, anderen Personen einen „juristischen Einführungslehrgang“ geben zu können, da er „nach ein paar hundert Verfahren“ verschiedenes wisse, wie der Kläger in seiner E-Mail vom 25.08.2009 (Anlage BE_MA_HP_2009_08_25_1.pdf) selbst offenbarte. Es verwundert das Landesschiedsgericht sehr, weshalb sich eine Privatperson, die zudem seit über zwanzig Jahren erwerbslos ist, Rechtsstreitigkeiten in einer derart hohen Anzahl zu führen hat. Der Kläger fühlt sich anscheinend notorisch ungerecht behandelt und verfügt über eine auffällige Selbstüberschätzung seiner intellektuellen Fähigkeiten, was sich durchweg anhand seiner belehrenden Art gegenüber anderen Mitgliedern der PIRATEN Thüringen erkennen lässt.

Der Annahme einer partiellen Geschäftsunfähigkeit steht auch nicht die Tatsache entgegen, dass anscheinend manche Gerichte den Kläger in der Vergangenheit für prozessfähig befunden haben. So entschied der HessVGH in bereits zitierter Entscheidung, dass die stillschweigende oder ausdrückliche Bejahung der Prozessfähigkeit in anderen Gerichtsentscheidungen einer anderslautenden Beurteilung nicht entgegen stünde (vgl. HessVGH, Urteil v. 01.06.1967, Az: V OE 13/67).

Da es sich vorliegend jedoch um ein parteiinternes Schiedsgerichtsverfahren handelt, welches für die staatliche Gerichtbarkeit keine Bindungswirkung entfaltet, kann nur angeregt werden, die Prozessunfähigkeit verbindlich für sämtliche Verfahren durch einen Sachverständigen feststellen zu lassen. Immerhin behindert der Kläger mit seiner Prozessführungswut die Handlungsfähigkeit der Organe der Rechtspflege in einem nicht duldbarem Umfang. Nicht zuletzt gehen zumindest die Mehrzahl der vom Kläger betriebenen Prozesse zulasten der Staatskasse und damit auf Kosten der steuerzahlenden Bevölkerung.

3. Dennoch nimmt das Landesschiedsgericht zugunsten des Klägers die Prozessfähigkeit an, da deren Fehlen trotz der erheblichen und berechtigten Bedenken nicht ganz zweifelsfrei festgestellt werden kann. Auf die Zulässigkeit der Klage hat diese Annahme nämlich keinen Einfluss, da dem Kläger ohnehin das Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Für die Klageanträge zu 1. und 2. fehlt es dem Kläger bereits an dem notwendigen rechtlichen Interesse an der Feststellung des von ihm Begehrten; jedenfalls war der Kläger nicht in der Lage ein solches Feststellungsinteresse zur Überzeugung des Landesschiedsgerichts zu bekunden, was jedoch als Zulässigkeitsvoraussetzung in analoger Anwendung des § 256 Abs. 1 ZPO zwingend erforderlich gewesen wäre.

So begehrt der Kläger die Feststellung, dass der Beklagte gegen § 4 Abs. 1 und 2 der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland verstoßen habe, nach dem jeder Pirat das Recht hat, im Rahmen der Bundes- und ihn betreffenden Landessatzung die Zwecke der Piratenpartei Deutschland zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit zu beteiligen; darüber hinaus an der politischen Willensbildung, an Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Satzung teilzunehmen. Grundsätzlich hätte sich also ein Feststellungsinteresse des Klägers aus der Verletzung seiner Mitwirkungsrechte ergeben können. Dieses Interesse könnte prinzipiell jeder Pirat haben, der zur Mitbestimmung berechtigt ist.

Der Kläger war jedoch von der basisdemokratischen Meinungsfindung im Zeitpunkt der Vereinbarung über das Kooperationspapier ausgeschlossen, da ihm satzungsgemäß das Stimmrecht fehlte. So bestimmt § 4 Abs. 4 der Bundessatzung, dass die Ausübung des Stimmrechts nur dann möglich ist, wenn der Pirat mit seinen Mitgliedsbeiträgen nicht mehr als drei Monaten im Rückstand ist. So räumte der Kläger in seinem Schreiben vom 22.10.2009 als Erwiderung auf den Beklagtenvortrag ein, seit der Gründung der PIRATEN Thüringen am 28.06.2009 Mitglied zu sein und den am diesem Tag fällig gewordenen Mitgliedsbeitrag nicht vollständig entrichtet zu haben.

Es mag sein, dass der Kläger einen entsprechenden Stundungsantrag an den nach § 2 Abs. 3 der Bundessatzung hierfür zuständigen Bundesvorstand richtete. Da über den Antrag jedoch noch nicht entschieden wurde, durfte der Kläger nicht von einer Bewilligung seines Antrags ausgehen und war daher weiterhin verpflichtet, seinen auf das restliche Jahr 2009 entfallenden Mitgliedsbeitrag am 28.06.2009 komplett zu zahlen. Aus diesem Grund befand sich der Kläger von Anfang an mit der Zahlung seines Mitgliedsbeitrags nach § 3 Abs. 1 der Finanzordnung in Verzug. Hierdurch war ihm das Stimmrecht auf sämtlichen Versammlungen aller Gliederungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Finanzordnung verwehrt.

Insoweit wäre der Kläger unter keinen Umständen berechtigt gewesen, über das Kooperationspapiers mitabzustimmen, so dass er diesbezüglich nicht in einem ihm zustehenden Mitbestimmungsrecht verletzt worden sein kann. Da es also schon an einem subjektiven Recht des Klägers mangelt, steht ihm kein Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit eventueller Satzungsverstöße zu.

Aus gleichen Gründen fehlt dem Kläger auch das Rechtsschutzbedürfnis für seinen Antrag zu 3. auf Auflösung der von ihm als Kooperationsbündnis bezeichneten Vereinbarung zwischen den PIRATEN Thüringen und den Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen.

4. Darüber hinaus ist auch der Klageantrag zu 4. unzulässig, da der Kläger sein Begehren unter die Bedingung stellte, dass sich die Piratenpartei Deutschland bereits im Bundestagswahlkampf befinde. Prozesshandlungen, wie auch die Stellung von Anträgen, sind jedoch grundsätzlich bedingungsfeindlich, sofern es sich nicht um hilfsweise gestellte Anträge handelt. Der Klageantrag zu 4. wurde jedoch unabhängig von der Abweisung eines anderen Klageantrags gestellt und ist somit als selbstständiger Hauptantrag zu verstehen.

Insgesamt ist daher die Klage unzulässig und allein deshalb abzuweisen.

5. Zulässig hingegen ist der vom Beklagten gestellte Antrag auf Feststellung, dass der Kläger gegen die Satzung verstößt und einen parteischädigenden Eindruck hinterlässt.

Zwar stellte der Beklagte insgesamt zehn verschiedene Feststellungsanträge. Diese waren jedoch mit Ausnahme des benannten Widerklageantrags ausschließlich auf die Verteidigung gegen die vom Kläger aufgestellten Behauptungen und seine gestellten Anträge gerichtet. Insoweit sind diese Anträge des Beklagten zusammengefasst als Klageabweisungsantrag auszulegen gewesen. Die Widerklage hingegen stellt einen von den Anträgen des Klägers eigenständiges Klagebegehren dar, für welches dem Beklagten auch das erforderliche Rechtsschutzinteresse im Sinne von § 256 Abs. 1 ZPO analog zusteht.

So dient die schiedsgerichtliche Feststellung des satzungswidrigen und parteischädigenden Verhaltens des Klägers der Vorbereitung einer Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gegen den Kläger. Mit der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland könnte der Bundesvorstand angewiesen werden, entsprechende Sanktionen gegen den Kläger auszusprechen. Da entsprechende Ordnungsmaßnahmen in der Satzung der PIRATEN Thüringen nicht vorgesehen sind, hat im Falle des parteischädigenden Verhaltens schließlich der Bundesvorstand entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, sofern er nicht sehenden Auges die weitere Verunglimpfung der Partei in der Öffentlichkeit dulden möchte.

Das Feststellungsinteresse ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt zu bejahen, dass den Landesverbänden in der Bundessatzung das Recht eingeräumt wurde, entsprechende ergänzende Regelungen zu treffen. Da es sich damit ausschließlich um eine Kann-Vorschrift handelt, und ein Landesverband insoweit nicht zur Regelung von Ordnungsmaßnahmen verpflichtet ist, sind eventuelle Ordnungsmaßnahmen nach der höherrangigeren Bundessatzung zu verhängen, nicht zuletzt weil Ordnungsmaßnahmen auf Landessverbandsebene nur „ergänzend“ gelten und somit nicht als Alternative zu den Ordnungsmaßnahmen nach Bundessatzung.

Das Interesse des Beklagten an der Feststellung ist somit zusammengefasst darin begründet, denn Bundesvorstand mit der verbindlichen Feststellung des satzungswidrigen Verhaltens des Klägers zu konfrontieren und diesen zu seiner Verpflichtung zur Verhängung von Ordnungsmaßnahmen zu veranlassen.

6. Da die Klage bereits unzulässig ist, hat das Landesschiedsgericht nicht mehr über die Begründetheit der Anträge des Klägers rechtsbindend zu entscheiden. Es kann daher dahingestellt bleiben, ob der Beklagte mit Abschluss des Kooperationspapiers gegen Satzungsrecht verstoßen hat. Nach Einschätzung des Landesschiedsgerichts hat der Beklagte jedoch weder gegen § 6a Abs. 6 der Satzung der PIRATEN Thüringen noch gegen § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland verstoßen.

So hat der Beklagte über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Mitgliederversammlungen zu beschließen. Welche Entscheidungen durch den Landesparteitag getroffen werden, ist in § 6b der Landessatzung geregelt. Hiernach hat der Landesparteitag jedenfalls nicht ausdrücklich über die Verabschiedung von Kooperationspapieren mit anderen Parteien zu beschließen. Insoweit besagt die Satzung weder, dass ein solches vorher von der Mitgliederversammlung genehmigt werden muss, noch dass der Beklagte ein solches ohne Legitimation der Parteibasis eingehen darf.

Auch § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Bundessatzung räumt jedem Mitglied lediglich das Recht ein, an der politischen Willensbildung „im Rahmen der Satzung“ teilzunehmen. Da die Satzung jedoch keine Aussage darüber trifft, welche politische Entscheidung vom Vorstand und welche von der Mitgliederversammlung getroffen werden muss, geht das Landesschiedsgericht davon aus, dass sich der Beklagte (noch) im Rahmen seiner satzungsgemäßen Befugnisse handelt.

7. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass der Begriff des „Kooperationspapiers“ begrifflich tatsächlich auf eine enge Zusammenarbeit schließen lässt. Insoweit ist es nicht weiter verwunderlich gewesen, dass sowohl einzelne Mitglieder der PIRATEN Thüringen und anderer Landesverbände als auch der vermeintliche Kooperationspartner Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen das Kooperationspapier anfänglich als Wahlempfehlung zur Landtagswahl verstanden. Dennoch kann sich das Landesschiedsgericht nur der Einschätzung des Bundesvorsitzenden Jens Seipenbusch anschließen, nach der es zwar „unklug“ war, ein gemeinsames Kooperationspapier zu beschließen, es letztendlich aber noch keine Verletzung der Satzung darstellte.

Insgesamt kann das Landesschiedsgericht nur die dringende Empfehlung aussprechen, zukünftig alles zu unterlassen, was auf eine Zusammenarbeit mit einer anderen politischen Organisation schließen lässt. Schlussendlich sollte der Beklagte als offizieller Vertreter nicht darüber befinden, welche Organisation unterstützenswert ist und welche nicht. Die Piratenpartei Deutschland vereint unter ihrem Programm Mitglieder verschiedener politischen Richtungen. Durch öffentliche Sympathisierung mit anderen Parteien durch offizielle Parteivertreter werden den Mitgliedern, die sich mit den Zielen der anderen Partei nicht identifizieren können, auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf das übrige Parteiprogramm eine politische Richtung aufgezwungen. Genau eine solche Zwangsprogrammatik ist gerade mit den Grundsätzen der Piratenpartei unvereinbar, da die gewünschte Transparenz und Basisdemokratie hierdurch nicht realisiert werden.

Letztendlich leidet durch ein solcher überparteilicher gemeinsamer Außenauftritt auch die Akzeptanz innerhalb der eigenen Partei von Mitgliedern, die die jeweilige Organisation nicht mitunterstützen wollen. So ist auch die Reaktion einer Vielzahl von Mitgliedern, die sich unter dem Thread „Dumme Thüringer“ über die öffentliche Mailing-Liste des Bundesverbandes austauschten, nachvollziehbar. Gerade die E-Mail des Vorsitzenden Richters des Bundesschiedsgericht Andreas Romeyke vom 21.08.2009 zeigt in anschaulicher Weise, welche Konflikte mit dem Kooperationspapier herauf beschworen wurden. So verdeutlichte er, dass die parteiübergreifende

Absprache nicht nur den Thüringer Landesverband tangierte, sondern auch den Landtagswahlkampf des Landesverbandes Sachsen kontraproduktiv beeinflusste.

8. So ist es wohl auch beim Kläger die Ablehnung der Partei Bündnis '90/DIE GRÜNEN gewesen, die ihn zur Klage motivierte. Seine Ansicht, nach welcher Bündnis '90/Die GRÜNEN als „faschistisch“ einzuordnen sei, zeigt seine tief verwurzelte Abneigung gegen diese Vereinigung. Unabhängig davon, dass der Kläger mit dieser Ansicht innerhalb der PIRATEN Thüringen alleine stehen dürfte, dokumentiert sein Dafürhalten jedoch, welch tiefen persönlichen Konflikt das Zusammenwirken der PIRATEN Thüringen mit den Bündnis '90/DIE GRÜNEN Thüringen beim einzelnen Mitglied auszulösen vermochte.

Es bestanden für die Eingehung der parteiübergreifenden Zielvereinbarung, insbesondere für den nicht stimmberechtigten Kläger, keine zwingenden Mitwirkungsrechte, so dass dem Beklagten diesbezüglich kein Verstoß gegen die Satzung vorgeworfen werden kann. Darüber hinaus kann nicht festgestellt werden, ob das Handeln des Beklagten tatsächlich schädigende Auswirkungen hatte oder für solche geeignet gewesen wäre, oder ob das Kooperationspapier nicht eher sogar den Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz der noch verhältnismäßig jungen Partei steigerte, so dass abschließend weder der vom Kläger behauptete Satzungsverstoß noch ein für Ordnungsmaßnahmen zwingend erforderlicher Schaden angenommen werden kann.

9. Als parteischädigend hingegen ist das Verhalten des Klägers einzuordnen. So ist der Kläger ein notorischer Unruhestifter innerhalb der Partei, dessen Wut und Aggression er nicht nur gegen den Beklagten, sondern auch gegen eine Vielzahl anderer Mitglieder der Piratenpartei Deutschland in nicht hinnehmenbarer Art und Weise artikuliert.

So ist schiedsgerichtsbekannt, dass der Kläger sich über die öffentliche Mailingliste bereits als einziges Mitglied bezeichnete, welches über die notwendigen intellektuellen Fähigkeiten verfüge. Das Gefühl der geistigen Unzulänglichkeit versucht der Kläger in einer überaus beleidigenden und unsachlichen Wortwahl anderen Mitgliedern zu geben. So schrieb der Kläger beispielsweise am 12.07.2009: „ ..., Du hast das Maul zu voll genommen, Kleiner – jetzt verstehe ich“. Seiner dort geäußerte Forderung versuchte der Kläger mit der Äußerung „Zackig – ich warte!!!“ Nachdruck zu verleihen. Am 26.09.2009 stellte der Kläger die Frage: „Hast Du heut morgen vielleicht nicht fest genug gewichst?“ und unterstrich diese Unverschämtheit noch mit dem Hinweis, dass es sich um eine ernstgemeinte Frage handele.

Die benannten Zitate sind jedoch nur ein Ausschnitt aus dem gerichtsbekannten Repertoire der Artikulationsgewohnheiten des Klägers, so dass sein Verhalten gegenüber anderen Mitgliedern insgesamt als unduldbar zu bewerten ist.

10. Doch nicht nur seine direkten Verbalitäten zeigen, dass der Kläger nicht am Vorankommen der Piratenpartei Deutschland Interesse hat, sondern dieses eher auf deren inneres Zerwürfnis gerichtet ist. Neben diesem mutwilligen Klageverfahren versucht der Kläger andere Mitglieder durch Stellung von Anträgen an den Beklagten von deren Funktionen abzuberauben.

So sind beispielsweise auch Anträge gegen die Moderatoren der Mailingliste gerichtsbekannt; unter anderem auch gegen den Ersatzrichter des Landesschiedsgerichtes Axel Anders. Auch der bereits als unzulässig zurückgewiesene Befangenheitsantrag gegen den Richter Martin Herrmann diene weniger der Feststellung dessen nicht gegebener Voreingenommenheit als vielmehr dem Versuch, die Handlungsunfähigkeit des Landesschiedsgerichts zu erwirken. So ist fest damit zu rechnen gewesen, dass der Kläger anschließend auch einen Befangenheitsantrag gegen den Ersatzrichter Axel Anders gestellt hätte und das Verfahren so wegen Unterbesetzung des Spruchkörpers an das Bundesschiedsgericht hätte zurückverwiesen werden müssen. Beim Bundesschiedsgericht rechnet der Kläger wahrscheinlich eher mit der Stattgabe seiner Anträge, da bereits dessen Vorsitzender Richter Andreas Romeyke in der bereits benannten E-Mail vom 21.08.2009 den Unwillen über das streitgegenständliche Kooperationspapier kundgab.

11. Auch ansonsten versucht der Kläger in nicht hinnehmbarer Weise Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Landesschiedsgerichts zu nehmen. So glaubt der Kläger unter anderem auf bestimmte Zustellungsformen bestehen zu dürfen, dies obwohl er mit seinen Zugangsbestätigungen stets selbst dokumentierte, entsprechende Schreiben erhalten zu haben. So wäre selbst in Fällen von etwaiger Formfehler, die tatsächlich nicht gegeben waren, stets ein Mangel durch den Kläger selbst geheilt worden. Insoweit rechnet das Landesschiedsgericht schon jetzt fest damit, dass der Kläger in der Berufungsinstanz vor dem Bundesschiedsgericht auch die Kompetenz der einzelnen Richter des Landesschiedsgerichtes anzweifeln und Diffamierungsversuche unternehmen wird. Allenfalls wird sich der Kläger von einem entsprechenden Verhalten dadurch abbringen lassen, vorbenannte Erwartung an ihn nur nicht bestätigen zu wollen.

12. Alles in allem ist es mittlerweile zu einem festen Teil seines Lebensinhaltes geworden, die Piratenpartei Deutschland mit parteiinternen Querelen zu überhäufen, was im übrigen ebenfalls Ausdruck einer partiellen Geschäftsunfähigkeit sein kann.

Insoweit hat der Kläger bereits mehrfach gegen § 4 Abs. 1 der Satzung der Piratenpartei Deutschland sowie gegen § 3 Abs. 1 der Satzung der PIRATEN Thüringen verstoßen, nach denen jeder Pirat die Pflicht hat, die Zwecke der Piratenpartei Deutschland zu fördern. Mit seinem Verhalten, insbesondere seinen Äußerungen in der öffentlichen Mailingliste hat der Kläger jedoch nicht nur andere Mitglieder auf das gröbste beleidigt und diese in ihrer Mitwirkungsrecht und dem Recht auf freie Meinungsäußerung gehindert. Seine Beiträge waren auch geeignet, die Piratenpartei Deutschland sowie den Landesverband Thüringen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, da die Wählbarkeit einer nach außen hin äußerst zerstrittenen Partei für einen Teil der Wahlberechtigten in Frage gestellt worden sein dürfte; nicht zuletzt auch, weil der Kläger eine vulgäre Ausdrucksweise pflegt. Somit war das Verhalten des Klägers schädigend im Sinne des § 6 Abs. 1 der Satzung der Piratenpartei Deutschland, so dass die Voraussetzungen zum Verhängen von Ordnungsmaßnahmen gegen den Kläger erfüllt sind.

13. Die Kostenentscheidung ergeht in analoger Anwendung des § 91 ZPO.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen das Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung, einzulegen binnen vier Wochen beim Landesschiedsgericht der PIRATEN Thüringen oder dem Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland, zulässig, die binnen weiterer vier Wochen schriftlich zu begründen ist.